

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. — **Berlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72203

**Inseratenpreise:** Die 10 gelbalt. Kolonellszeile 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 gelb. Kolonellszeile 25 Pf., Familiennachrichten von Verlobten die 10 gelb. Kolonellszeile mit 60% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonellszeile 40 Pf., bei Platzvorschr. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Konflikt Berlin-Braunschweig?

### Sperrung der Polizeizuschüsse?

SPD Braunschweig, 28. Oktober.

Reichsinnenminister Dr. Wirth hat an die braunschweigische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er sich die Entscheidung über die weitere Zahlung der Polizeizuschüsse für Polizeizwecke des Landes Braunschweig vorbehalten müsse.

In Berliner politischen Kreisen wird hervorgehoben, daß es Bedenken auslösen muß, wenn ein Minister des Innern, der ja in dieser Eigenschaft der oberste Träger der Polizeigewalt in seinem Amtsbezirk ist, in eine Angelegenheit verwickelt erscheint, in der es sich um einen Versuch der unrechtmäßigen Haftbefreiung eines wegen Verletzung der Banntatbestände handelt.

Wie die „Boschische Zeitung“ zu dem Schreiben des Reichsinnenministers Dr. Wirth an den braunschweigischen Ministerpräsidenten wegen der Sperrung der Polizeizuschüsse von maßgebender Stelle erzählt, bedeutet das Schreiben praktisch schon die Sperrung der Zuschüsse, es sei lediglich eine höflichere Form für diese Anordnung gewählt worden.

### Franzens Flucht aus Preußen

SPD. Der braunschweigische Nazi-Minister Dr. Franzen, der bis zu seiner Wahl zum Nazi-Vertreter in der braunschweigischen Regierung preußischer Amtsgerichtsrat in Kiel war, ist inzwischen aus dem preußischen Justizdienst ausgeschieden. Franzen hat damit einem Disziplinarverfahren gegen sich alle rechtlichen Möglichkeiten genommen.

Amlich wird mitgeteilt: „Der preußische Justizminister hat auf Grund eines Berichtes des Generalstaatsanwalts beim Berliner Landgericht I den Reichsminister des Innern ersucht, die Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung seines Mitgliedes, des braunschweigischen Ministers des Innern und für Volksbildung, Dr. Franzen, wegen des Vergehens der Begünstigung herbeizuführen.“

### Fried als „Staatsverleer“

K. Im thüringischen Landtag stellte die kommunistische Fraktion eine kleine Anfrage an die Regierung, weil das „Thüringer Volksblatt“, Organ der KPD für Großthüringen, von der Polizeidirektion in Gotha keine amtlichen Mitteilungen zur Veröffentlichung im Inseratenteil mehr erhielt. Der zuständige leitende Beamte habe erklärt, daß das Innenministerium verfügt habe, der kommunistischen Presse dürfen keine amtlichen polizeilichen Bekanntmachungen mehr übermittelt werden. Auf die Anfrage befragt Fried jetzt, daß er die Anweisung gegeben hat. Er sagt, die Regierung habe keinen Anlaß, eine staatsfeindliche Partei und ihre Presse durch Gewährung von bezahlten Anzeigen noch finanziell zu unterstützen. Fried ist auch nicht gewillt, seine Maßnahme rückgängig zu machen.

Interessant ist die Antwort des Innenministers insofern, als er die kommunistische Partei als eine staatsfeindliche Partei betrachtet. Das sagt derselbe Mann, der 1923 beim Hitlerputsch in München beteiligt war, den Staat also gewaltsam stürzen wollte und dieserhalb mit einem Jahr drei Monaten Gefängnis bestraft worden ist. Fried scheint die Nationalsozialistische Partei als eine „Staatsverleernde Partei“ zu betrachten.

Wie aus der Presse bekanntgeworden ist, hat Fried auch angeordnet, daß der sozialdemokratische „Osthüringer Tribüne“ die amtlichen polizeilichen Bekanntmachungen entzogen werden sollen. Will Fried in diesem Falle seine Anweisung auch damit begründen, daß die sozialdemokratische „Osthüringer Tribüne“ eine republikfeindliche Stellung einnimmt?

Wie weiter aus Weimar gemeldet wird, hat Fried auch Grund einer kürzlich erlassenen Verordnung den der kommunistischen Opposition angehörenden Bürgermeister Müller in Ebersburg seine s Amt entzogen. Die Amtsenthebung kommunistischer Bürgermeister bringt für die Gemeinden große finanzielle Ausgaben mit sich, weil den betreffenden Personen nach den Gemeindeordnungen das Gehalt bis zum Ablauf der Amtszeit voll und dann laufend ein bestimmter Prozentsatz des Gehaltes gezahlt werden muß.

## Hitlers Außenpolitik

Wünsche und Voraussetzungen gingen dahin, nach der Annahme des Youngplanes die Außenpolitik zurücktreten zu lassen und der Innenpolitik das Feld freizumachen. Es ist anders gekommen. Wenige Monate später sind die lebhaftesten außenpolitischen Auseinandersetzungen im Gange und es stehen so ziemlich alle schon einmal für gelöst erklärten Probleme zur Erörterung. Die Weltwirtschaftskrise und die internationale Preisentwertung, die sich erst jetzt langsam auch in Deutschland bemerkbar macht, haben die eben erst erfolgte „endgültige“ Regelung des Reparationsproblems wieder in Frage gestellt und das Verlangen nach Revision bestärkt. Dazu kommt, daß im letzten Reichstagswahlkampf mit den außenpolitischen Fragen eine unverantwortliche Demagogie getrieben worden ist. Diese Demagogie hat der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland große Erfolge gebracht. Das überraschende Anwachsen jener Parteien und Gruppen, die für eine grundsätzliche Wendung in der Außenpolitik eintreten, hat nach dem

## Überwachung gegen die Nationalsozialisten

M.B. Berlin, 27. Oktober.

Die Nachricht eines Berliner Blattes über einen amtlichen Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten, der im Reichsinnenministerium unter Leitung des auf Privatdienstvertrag einberufenen früheren Ministerialdirektors Dr. Spieder durchgeführt werden solle, wird von unterrichteter Seite in dieser Form für unrichtig erklärt. Dr. Spieder, über dessen Berufung für die Erledigung besonderer Aufträge bereits vor einiger Zeit berichtet worden ist, hat, wie verlautet, nur die Aufgabe, die geistigen Strömungen staatsfeindlicher Bewegungen zu untersuchen. Von unterrichteter preussischer Seite wird weiter zu der Angelegenheit erklärt, daß keine Besprechung über ein gemeinsames Vorgehen zwischen dem Reichsinnenministerium und dem preussischen Innenministerium stattgefunden hat.

14. September erst recht die Frage aktuell werden lassen: was wird nun? Die Nationalsozialisten, die Hugenberg-Deutschnationalen mit einigen Gruppen und die Kommunisten haben während der ganzen letzten Jahre ihren politischen Kampf vor allem gegen die Sozialdemokratie mit heftigen Angriffen auf die „Erfüllungs- und Verfassungskomitee“ bestritten. Sie haben die Sozialdemokratie des nationalen Verrats angeklagt und haben vor dem Volke geschworen, daß sie dem „Schandvertrag“ und dem „Berknechtungspakt“ den Tod bringen werden. Unter Führung von Selbie und Hitler wurde ein Volksentscheid gegen den Youngplan eingeleitet, der zwar zu einer Niederlage für die Manager führte, dessen Agitation aber dennoch auf Millionen von Wählern und Wählerinnen nicht ohne Wirkung geblieben ist.

Eben die Bewegung, die diesen Kampf führte, ist jetzt zu einer starken parlamentarischen Minderheit geworden. So stark, daß ihr die Möglichkeit gegeben ist, bei Einzelentscheidungen durch die Gewinnung kleiner Gruppen zur Mehrheit im Reichstag zu werden. Also drängten sich nach dem Wahlsieg der Nationalsozialisten die Journalisten ausländischer Kapitalistenblätter um Hitler, um von ihm zu hören, ob und wie sich denn nun die künftige deutsche Außenpolitik ändern werde. Hitler, der nationalste Mann Deutschlands, nahm bereitwillig das schwere Geld englischer und amerikanischer Zeitungsgiganten entgegen und hatte danach nicht die geringsten Bedenken, zum Mitarbeiter gerade jener Presseerzeugnisse zu werden, die in den Jahren des Krieges die giftigsten Lügen gegen Deutschland ausgestreut hatten. Schon in diesen ersten Interviews nach dem 14. September fiel eine Zurückhaltung des nationalsozialistischen Führers auf, der durchaus nicht das sofortige Aufheben der Reparationszahlungen und das Zerreißen des Youngplanes ankündigte, sondern sich — sehr bescheiden — auf die Erreichung der Revision zurückzog. Denn wenn sich die Nationalsozialisten vor dem Volke auch als konsequente Bekämpfer des internationalen Finanzkapitals aufblähen, so weiß Hitler doch, welche Rücksichtnahme ihm dessen Macht gebietet, wenn er an der politischen Führung Deutschlands entscheidend beteiligt sein und bleiben will.

## Zusammenstöße in Rio de Janeiro

### Kämpfe in Brasilien

SPD. Newyork, 28. Oktober.

In der neuen provisorischen Regierung Brasiliens hat General Tasso Fragoso den Vorschlag übernommen. Dem Kabinett gehören ferner an: General Menno Barret und Vizeadmiral Boronha, das auswärtige Amt, das Ministerium des Innern und die Justiz hat Nello Franco inne. Ein Aufruf der Regierung erklärt, sie wolle die Macht nur solange ausüben, bis ein neues Parlament gewählt sei und eine endgültige Regierung ernannt habe. Die Übernahme des Außenministeriums durch Franco beweise der Welt, daß auch die provisorische Regierung gewillt sei, alle auswärtigen Verpflichtungen innezuhalten und die freundschaftlichen Beziehungen mit den auswärtigen Mächten fortzuführen.

Der Volksjubel über den Umsturz scheint nach den heutigen Ereignissen doch nicht so allgemein zu sein, wie die neuen Machthaber in die Weltposaunt haben. Im Innern des Landes dauern die Kämpfe fort. Die gegenwärtige Diktatur ist nicht einmal des gesamten Heeres sicher.

In Sao Paulo ist es zu einer Gegenrevolution gekommen. Die Pressezensur verhindert eine weitere Information über den Stand der Ereignisse. Montag früh wurde in Rio de Janeiro heftig gekämpft. Ein Kavallerieregiment und sechs Infanterieregimenter waren gegen die neuen Machthaber auf die Straße gerückt. Die Hauptstadt gleicht einem Militärlager. Alle Banken und Läden sind geschlossen. Die Regierung behauptet, sie sei der Aufrührer Herr geworden. Es herrscht jedoch im Regierungslager große Nervosität. Alle Anhänger des alten Regimes sollen verhaftet werden.

Außer dem früheren Präsidenten Luis sitzen bereits viele frühere Politiker und einflussreiche Personen im Gefängnis.

### Der „Baden“-Zwischenfall

SPD Rio de Janeiro, 28. Oktober.

Entgegen den Meldungen, die über Newyork gekommen sind, ist festzustellen, daß der Kapitän der „Baden“, Kollin, nicht verhaftet worden ist. Er ist kändig auf freiem Fuß gewesen. Der Dampfer hat unter seiner Führung bereits die Ausfahrt angetreten, nachdem die notwendige Reparatur durchgeführt worden ist.

Der spanischen Regierung ist eine Note der vorläufigen Regierung in Brasilien zugegangen, in der wegen der Tötung spanischer Staatsangehöriger bei der Beschädigung der „Baden“ um Entschädigung gebeten und strengste Untersuchung angekündigt wird. Spanien wird keine Antwortnote schicken, sondern den Botschafter

in Rio de Janeiro beauftragen, Schritte wegen der Schadenerschuldansprüche zu unternehmen. Dieser Weg wurde gewählt, weil Spanien die neue brasilianische Regierung noch nicht anerkennen will.

### Brasilianische Darstellung der Beschädigung

M.B. Newyork, 27. Oktober.

Wie Associated Press aus Rio de Janeiro berichtet, geben sowohl die Regierung wie auch die Presse ihrem Bedauern über die folgenschwere Beschädigung des deutschen Dampfers „Baden“ Ausdruck. Die brasilianische Regierung hat nunmehr den Bericht des Hafenmeisters von Rio de Janeiro ausgegeben. Danach seien alle Schiffskapitäne seit zwei Wochen angewiesen worden, bei der Ausfahrt ihre Absicht, entweder durch Signale bekanntzugeben, oder in nächster Nähe des Forts Santa Cruz vorbeizufahren. Nur unter diesen Bedingungen sei ihnen die Ausfahrt gestattet gewesen. Das Fort habe überdies durch eine Signalfolge angezeigt, daß der Hafen geschlossen sei.

Der Kommandant des Forts Santa Cruz erklärte, er habe zunächst zwei Warnungsschüsse abgegeben und dann mit einem letzten Schuß scharf geschossen. Alle diese Schüsse hätten in der Nähe des Dampfers Baden eingeschlagen, doch habe das Schiff daraufhin keine Geschwindigkeit nur erhöht. Hieraus habe er zwei schwerere Granaten abfeuern lassen, um die Baden zum Halten zu bringen. Auch diese Schüsse hätten den Dampfer nicht getroffen, wohl aber ein vom Fort Vigia abgefeuerter Schuß, der den Vordermast des Dampfers umlegte. Durch den herabstürzenden Mast seien dann viele Personen an Bord des Dampfers getötet und verletzt worden.

### Hochwasser in Schlesien

#### Dammbruch der Kaghbach — Mehrere Gehöfte überflutet

M. Diegnitz, 28. Oktober.

Bei Alt-Bedern ist am Dienstagvormittag der große Kaghbach-Damm durchgebrochen. Die Fluten setzten in Au die in der Nähe gelegenen Gehöfte unter Wasser. Das Vieh konnte gerade rechtzeitig gerettet werden. Der Schaden, den das Wasser angerichtet hat und noch anrichten wird, übersteigt alle Befürchtungen. Der Damm hinter der Schleuse, der den gewöhnlichen Wasserpiegel der Kaghbach um etwa 6 Meter überragt, war bereits in der Nacht zum Donnerstag überpült worden. Das Wasser hatte in den Dammanfang tief eingerissen. Noch in der Nacht wurden die anliegenden Feuerwehren alarmiert. Die Risse wurden mit Sandfäden ausgefüllt. Das Wasser spülte die Erde jedoch rasch hinweg. Das niedriger gelegene Klein-Bedern stand schon vorher fast vollständig unter Wasser. Noch bis zur letzten Stunde setzte man alles daran, um die katastrophalen Folgen eines Dammbrechens zu verhindern. Man befürchtet jetzt den Einsturz der Kaghbachbrücke bei Pfaffenstorf.

Diese außenpolitische Diskussion ist jetzt durch eine Aktion, die der französische Journalist Hervé bei Hitler und dem Stahlhelm unternommen hat, fortgeführt worden. Hervé war früher einmal Anarchist und ein extremer Antimilitarist. Er ist dann während des Krieges einer der wildesten Chauvinisten Frankreichs geworden. Jetzt stellt er sich als Kämpfer für die deutsch-französische Verständigung vor und unterbreitet der „nationalen Bewegung“ Deutschlands Bedingungen, die als Grundlage der Verständigung angenommen werden sollen. Sie enthalten: Streichung der Reparationslasten, sobald die Vereinigten Staaten in die Annulierung der alliierten Schulden einwilligen; Rückgabe des Saargebiets an Deutschland und Zustimmung Frankreichs zum Anschluß Oesterreichs an Deutschland; Rückgabe von Togo und Kamerun an Deutschland; ein deutsch-französisches Militärbündnis, für das Deutsch-





Amiliche Bekanntmachungen

Krankenpflegepersonal

Die Vermittlungsstelle für Krankenpflegepersonal beim Arbeitsamt Leipzig...

Die Vermittlungsstelle ist geöffnet wochentags von 8 bis 10 Uhr...

Großhändlerhausmannstelle für die häuslichen Verwaltungsgeschäfte...

Reichszentrale für Heimatdienst. a. Sachsen

4 Dresden-A. 1, Schloßstraße 34/36 Staats- u. wirtschaftspolitische Vorträge...

Eintrittskarten sind bei Behörden u. Vereinsvorständen...

- 4. Nov. Univ.-Prof. Dr. Dessauer, Frankfurt a. M.: Weltwirtschaftskrise u. deutsche Wirtschaftsnote...

SPD Ortsverein Ost

Donnerstag, den 30. Oktober 1930, 20 Uhr, im Arbeiterheim...

Im Steinkohlenbergwerk

(Die Gefahren des Betriebs, Grubenbrand, Wassereinbruch...)



Seidel-Sänger Singspiele Das Haus der Komiker! Täglich abends 8 Uhr...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsverein Leipzig Tel. 11281...

Billig und gut Heldensteiner Macgacine schmeckt wirklich wie Molkeereibutter Butter-Schreiber

Neues Theater. Dienstag, den 24. Oktober 1930 Die verkaufte Braut...

Altes Theater. Dienstag, den 24. Oktober 1930 Der Mann, den kein Gewissen trieb...

Neues Operntheater. Heute letzte Aufführung Johann-Strauß-Meis'erooperette Der lustige Krieg...

Das Land des Lächelns. Donnerstag den 30. Oktober Uraufführung Böhmisches Musikanten...

Der lustige Krieg. Die für den „Lustigen Krieg“ ausgegebenen Plakat- und Vorzugskarten...

Herbst-Ausstellung moderner Handarbeiten im VOBACH-Schnittmuster-Verkauf Leipzig, Augustusplatz 8

Wohin gehen wir? - in's Goldene Hufeisen, Brühl 11 Da ist Betrieb, die Hausstapelie sorgt für Stimmung und guten Humor.

Diverses Hermann Weigler Leipzig

Anzug für M 29.- oder 39.- einschließlich guter Zusätze Hermann Weigler Jakobstraße 6.

Kleine Anzeigen Leipziger Volkszeitung Große Erfolge!

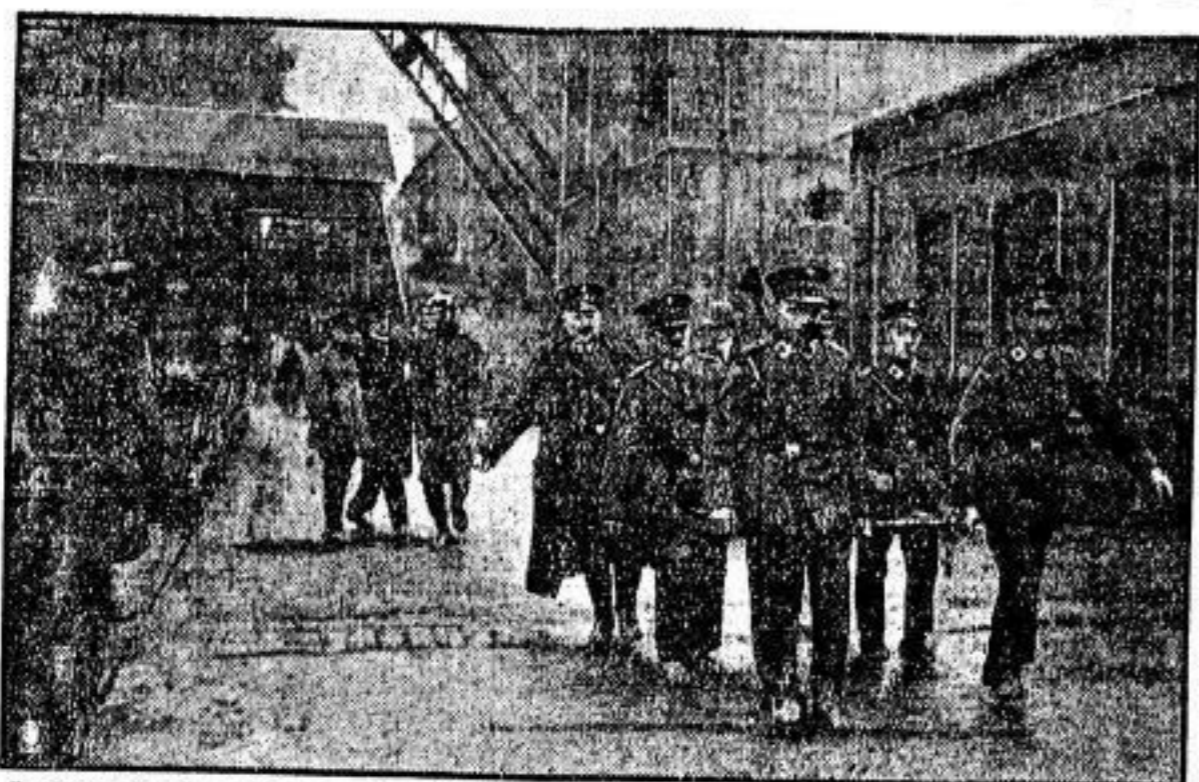
Vom Eigenbetrieb in den Korb der Hausfrau! GEG-Schokoladen GEG-Kakao Konsumverein Leipzig-Blagwitz und Umg., e. G. m. b. H.

Arbeiter-Bildungs Institut Leipzig A.B.J. Uraufführung für Deutschland: Sonntag, 2. November, vorm. 11 Uhr...

Schauspielhaus. Dienstag, den 24. Oktober 1930, 20 Uhr Wunder um Verban...

Gasthaus Napoleonstein Morgen wie jeden Mittwoch: Das ländliche Schlachtfest

# Der schwarze Tod im Saargebiet



Sanftäter tragen einen aus dem Schacht der Grube Maybach geborgenen Toten hinweg  
Bild rechts: Die Angehörigen warten im Eingang des Unglücksschachts auf Nachrichten



## Die Bergungsarbeiten auf Grube Maybach

Saarbrücken, 27. Oktober.

Die Bergungsarbeiten auf Grube Maybach sind im Laufe der Nacht fortgesetzt worden. Bis jetzt sind 86 Leichen zutage gebracht. 2 Tote liegen noch unter Tage, 8 Bergleute werden vermisst. Von den Verletzten sind 4 schwer verwundet, 4 gestorben, 16 leicht verletzt und einer bereits entlassen. Was die Ursache des Unglücks betrifft, so kann nunmehr als feststehend angesehen werden, daß es sich um eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion handelt, die dann durch Gesteinsabstürzung lokalisiert worden ist. Wächtig unzutreffend sind die Gerüchte, daß am gestrigen Sonntag auf Grube Maybach eine neue Explosion stattgefunden habe. Diese Gerüchte erklären sich dadurch, daß gestern die brennenden Gase, nachdem sie beriechtelt und gelöscht worden waren, durch Wetterstufen an die Oberfläche gesaugt wurden; bei dem diesigen Wetter fanden die Rauchwolken keinen schnellen Abzug.

## Die Ursache des Unglücks

Paris, 27. Oktober.

Welt Journal läßt sich von seinem nach Maybach entsandten Sonderberichterstatter melden, die Annahme, daß die Grubenkatastrophe auf die Explosion einer Benzollokomotive zurückzuführen sei, treffe nicht zu. Technische Sachverständige betonten übereinstimmend, daß es sich bei der Katastrophe um nichts anderes als um Schlagwetter handeln könne und daß erst im Augenblick der Explosion eine Preßluftlokomotive, die sich in dem betreffenden Schacht befand, aus den Weichen gesprungen und gegen die Wand geschleudert worden sei. Im Verlaufe des gestrigen Nachmittags sei erneut Alarm gegeben worden, der unter den an den Rettungsarbeiten beteiligten Personen eine Panik hervorrief. Wie es heißt, seien an einer Stelle neue Schlagwetter aufgetreten, und ein neuer Brand sei in den verschütteten Stellen ausgebrochen. Ueber dem Grubenschacht sei eine dicke Rauchwolke erschienen, doch scheine der neue Zwischenfall verhältnismäßig geringfügig gewesen zu sein. Die an den Rettungsarbeiten Beteiligten seien durch Glockenschläge gewarnt worden, sofort auszufahren. Drei von ihnen hätten leichte Gasvergiftungen erlitten und ins Krankenhaus übergeführt werden müssen.

Welt Journal hat sich beim Sitz der Saargrubenverwaltung in Paris über die näheren Umstände der Katastrophe auf Grube Maybach unterrichtet, und will auch hier die Bestätigung erhalten haben, daß es sich um Schlagwetter handeln müsse, weil keine Benzollokomotive in Gebrauch gewesen sei. In der Maybachgrube wurden, wie betont wird, nur Trecker mit Preßluft verwendet.

## Noch sechs Bergleute in Lebensgefahr

III Paris, 27. Oktober.

Nach den letzten Meldungen aus Saarbrücken befinden sich von den 20 verletzten Bergleuten 6 in hoffnungslosem Zustand. Der Generaldirektor für Grubenfragen im Ministerium für öffentliche Arbeiten wird sich am Dienstag nach Saarbrücken begeben, um die Untersuchung in der Maybachgrube zu leiten. Französischerseits wird erklärt, daß die ersten Feststellungen bereits den Beweis geliefert hätten, daß sämtliche Sicherheitsvorrichtungen intakt gewesen seien.

## Heuchelei um Alsdorf!

### Krokodilstränen des Bürgertums

Während in Alsdorf die 200 Bergarbeiter der Erde übergeben wurden und bereits ein neues Bergwerkunglück aus dem Saargebiet gemeldet wurde, überschlug sich die bürgerliche Öffentlichkeit und die bürgerliche Presse vor Schmerz, Nüchternheit, Anteilnahme. In manchen Orten durfte keine Tanzmusik gespielt werden, die deutschen Rundfunksender stellten sich für einige Abende auf Beethoven und Haydn um, und sogar die Berliner Börse unterbrach ihr Geschäft auf zehn Minuten zu Ehren der toten Kumpels.

Volksgemeinschaft der Trauer und des Mitgeföhls? Ehrliche Anteilnahme und menschliche Solidarität? Nein und nochmals nein, weiter nichts als elendste Heuchelei und niedrigste Gefinnungslosigkeit! — Das Jahr über, im grauen Alltag ist diese Presse der Bourgeoisie arbeitserfeindlich bis zum letzten, kann sich nicht genug tun an Klagen über die Begehrlichkeit des Proletariats, verbreitet die Lehren jenes Unversitätsprofessors Horneffer weiter, daß die heutige Sozialversicherung „unbillig“ sei. Man ist nur dann voll Mitleid, wenn es 200 Tote gibt, wenn das die Möglichkeit zu dumm-verlogener „Reportage“ schafft.

Daß diese Bergarbeiter Tag für Tag unter Lebensgefahr die Erde durchwühlten, daß sie alle beim Einfahren jeder einzelnen Schicht darauf gefaßt sein mußten, zu Krüppeln geschlagen zu werden, daß ihre Frauen und Kinder in steter Angst sind, ihre Ernährer zu verlieren, wer denkt daran, wenn diese Bergkumpels Lohnverhandlungen führen, wenn sie um menschenwürdige Bezahlung ihrer lebensgefährlichen Arbeit kämpfen? Werden die Menschen erst gut und edel, einsichtig und gerecht, wenn es 200 Tote gegeben hat? Muß erst die Zahl der Opfer das zweite Hundert überschritten haben, wenn die bürgerliche Öffentlichkeit Anteil zeigen soll?

Ungefähr 1400 Bergarbeiter werden Jahr für Jahr in Ausübung ihres Berufes getötet! Mehr als 8000 Proletarier aller Berufszweige erleiden jedes Jahr dasselbe dunkle Schicksal! Mit andern Worten: Mehr als 26 Menschen werden durch schnittlich jeden Werktag durch Unfälle im Betriebe, im Büro bei ihrer Arbeit im kapitalistischen Fronddienst getötet! — Findet man eine Verklüftung dieser Tatsache bei der bürgerlichen Presse? Seht sie sich dafür ein, daß die Unfallchuhbestimmungen verschärft werden? Kämpft sie für eine Erhöhung der Unfallrenten? Beweist sie ihre Sympathie für die Opfer der Arbeit, indem sie hilft, ihr Schicksal oder das ihrer Hinterbliebenen etwas zu mildern?

Aber zu den Bergarbeitern zurück: Wir wiederholen nochmals, daß Jahr für Jahr 1400 von ihnen getötet werden. Die 200 Opfer von Alsdorf sind also nur ein Bruchteil dieser Zahl. Es heißt, die Demagogie auf die Spitze treiben, wenn die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben, daß das Unglück bei Saarbrücken vielleicht nur geschehen konnte, weil die Unglücksgrube Maybach im „landfremden“ Besitz sich befindet. In deutschen Betrieben könne eben so etwas nicht vorkommen, worauf das bürgerliche Blatt auf die Sozialdemokratie zu schimpfen beginnt. Aber weiter. Vor fast drei Jahren befanden sich bereits ungefähr 22 000 Frauen von getöteten Bergarbeitern „im Genuß“ von Witwenrenten, mehr als 41 000 Kinder von Bergarbeitern bezogen Waisenrenten. Lassen diese beiden Zahlen nicht bereits ahnen, zu wie vielen Zehntausenden die Bergproleten in den letzten Jahren für lärglichen Lohn ihr

Leben in den Gruben hingeben mußten? Und dazu kommen weitere Zehntausende, die schwere Verletzungen erleiden!

Vielleicht darf man die bürgerliche Presse auch in diesem Augenblick daran erinnern, in welcher verblissenen Weise „Sparsamkeit“ geübt wird vor den Spruchauschüssen, die über solche Rentenansprüche zu entscheiden haben, wie vor den Oberversicherungsammern die zu Krüppeln geschlagenen Kumpels kimpfen müssen um Renten, die so jämmerlich sind, daß man sich schämen muß, sie zu nennen? Wer spricht davon in der bürgerlichen Presse?

Und was hat das Bürgertum übrig für die Opfer von Alsdorf? Was geschah an privater Wohltätigkeit? Was gaben bisher die Vertreter der Bourgeoisie außer Beileidstelegrammen und Mitleidskundgebungen? In der mitteldeutschen Presse wird mitgeteilt, daß die Banken „bereit“ seien, „Spenden für die Hinterbliebenen der Opfer auf der Grube Anna II anzunehmen“. Gut ab, Volksgenossen, vor dieser Großzügigkeit! Seid gerührt, daß die Banken — vielleicht sogar speisenfrei! — Spenden annehmen! Freut euch, Bergarbeiter, Witwen, Waisen, die Banken nehmen sich eurer an; es werden nur Kapitalkisten gesucht, die Spenden.

Den Opfern von Alsdorf hilft diese Art der Mitleidigkeit nichts. Sie haben auch herzlich wenig davon, daß sich die Rundfunkgesellschaften „auf Trauer“ umgestellt haben! Wäre es nicht wichtiger, daß die Banken die von ihnen beherrschten Bergwerkbetriebe veranlassen würden, anständigere, menschenwürdigere Renten zu zahlen? Wäre es schließlich nicht auch vom Rundfunk verdientvoller, statt Trauersinfonien spielen zu lassen, in ungenutzten Berichten die Wahrheit über die Hungerlöhne, das Hungerdasein der Bergarbeiter zu berichten?

Die Nüchternheit, die das Bürgertum über das Alsdorfer Unglück empfindet, ist weiter nichts als verlogene Heuchelei, die Tränen, die es an den offenen Gräbern vergoß, sind Krokodilstränen; denn dort, wo es darauf ankommt, ist es für den Profit, und Menschenleben sind ihm gleichgültig. . . .

Fred Frank.

## 263 Todesopfer in Alsdorf

Im Schweizer Krankenhaus ist am Montag einer der verletzten Alsdorfer Bergleute gestorben. Die Zahl der Opfer hat sich damit auf 263 erhöht.

## Unwetter in Schlesien

Wie vom Observatorium Breslau-Mietern mitgeteilt wird, ist am Sonntag in Schlesien Schnee niedergegangen. Die Neuschneehöhe erreichte am Montagmorgen zum Beispiel in Glinberg 20 Zentimeter und auf der Reisträgerbaude 55 Zentimeter. Zur Zeit hatten bei stürmischen Nordwestwinden die Niederschläge noch an. Von der Schneelampe wird Schneesturm bei Windstärke 12 gemeldet. Die Temperaturen liegen im Hochgebirge zwischen 5 und 6 Grad unter Null.

## 60 Todesopfer in Smyrna

III Paris, 27. Oktober.

Die Unwetterkatastrophe in Smyrna und Umgebung hat nach den letzten Meldungen aus Konstantinopel über 60 Todesopfer gefordert. Etwa 500 Häuser stürzten ein. Die Aufräumarbeiten schritten nur langsam fort. Der Sachschaden beläuft sich auf über 100 Millionen Frank.

# Elektrisches Licht ist billig, darum sollte an der Arbeitsplatz-Beleuchtung nicht gespart werden.



Elektrisches Licht ist so billig, daß sich jeder viel Licht leisten kann. Vergleiche mit anderen Lebensnotwendigkeiten und Genußmitteln beweisen, wie billig elektrisches Licht ist.

Darum spare, wo's am Platz,  
Wie's unsre Zeit begehrt,  
Doch an Beleuchtung sparen ist verkehrt.

Lassen Sie sich vom Elektro-Lichtfachmann beraten. 8

# Fransenmattierte OSRAM-LAMPEN geben besseres Licht





Kommene Gelegenheit, auf das umstrittene Problem der Aufgaben, die der proletarischen Freienderbewegung in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des proletarischen Klassenkampfes zukommen, noch einmal zurückzugreifen. Ich befinde mich wohl in Übereinstimmung mit dem Genossen Peter, wenn ich sage, daß im Umkreis der erörterten Fragen die Stellung des Freiendentertums zur Sozialdemokratie am meisten umstritten ist. Nun stellt Genosse Peter fest, daß die parteipolitische Neutralität der freigeistigen Verbände im Kampf mit den Spaltungsbestrebungen der Kommunisten praktisch in die Brüche gehen müßte. Und Genosse Peter wird mir vermutlich auch nicht widersprechen, wenn ich hinzufüge, daß die Sozialdemokratie heute praktisch die einzige Partei ist, mit der das Freiendentertum zusammenarbeiten und zusammenarbeiten kann. Im Gegensatz zu mir meint aber Genosse Peter, daß die Sonderfunktion der Freienderbewegung im Klassenkampf nicht „in engster Anlehnung an die Sozialdemokratie“ wahrgenommen werden kann. Diese Ansicht begründet Genosse Peter einmal mit der „Passivität der Partei im kulturellen Kampf“, zum anderen damit, daß das Rekrutierungsgebiet der Freienderbewegung weit über die Grenzen der sozialdemokratischen Anhänger hinausgeht, tief in politisch indifferente Massen hinein. Die kulturpolitische Passivität der Partei, die ich nicht „entschuldig“, sondern nur zu erklären versucht habe (diese Erklärung unterschreibt Genosse Peter „ohne jede Einschränkung“), ist eine Tatsache. Ich bin nun der Meinung, daß gegen diese Passivität angekämpft werden muß und daß das nur dann mit Erfolg geschehen kann, wenn die Freienderbewegung sich von der Partei nicht distanziiert, sondern sie in engem Kontakt mit ihr in kulturpolitischen Dingen über den toten Punkt hinauszutreiben versucht. Die Freienderbewegung kann ohne eine „politische Interessenvertretung“, die, wie Peter meint, heute nicht vorhanden ist, gar nicht auskommen, und eine solche „politische Interessenvertretung“ kann für das proletarische Freiendentertum nur die Sozialdemokratie sein. Wenn sie es heute nicht in dem Maße ist, wie die Freienderorganisationen das wünschen, so ist das kein Grund, sich damit abzufinden. Vielmehr kann man das aber nur, wenn man mit der Sozialdemokratie auf das engste zusammengeht, was ja in der Praxis auch schon längst der Fall ist. Und einfach deswegen der Fall ist, weil das Rekrutierungsgebiet der proletarischen Freienderbewegung mit dem Rekrutierungsgebiet der Partei im großen und ganzen zusammenfällt. Es handelt sich in beiden Fällen um „politisch indifferente Massen“ der werttätigen Bevölkerung, um die gekämpft wird. Gewinnt man sie für die politische Organisation, so muß das — auf längere Sicht gesehen — auch für das Freiendentertum ein Erfolg sein; gewinnt man sie weltanschaulich für das Freiendentertum, so wird über kurz oder lang auch die Partei dadurch eine Stärkung ihrer Position erfahren. Wenn — ja, wenn Partei und Freiendentertum im proletarischen Klassenkampf, dem sie beide dienen, enger zueinander finden.

Solange die Partei ihre Aufgabe auf kulturpolitischem Gebiete nicht in dem Maße erfüllt, das wahrscheinlich auch Genosse Peter mit mir für wünschenswert hält, ist selbstverständlich die verstärkte Aktivität einer selbständigen sozialistischen Freienderbewegung nötig; mit dieser Forderung brauche ich mich gar nicht abzufinden, ich habe sie selbst erhoben. Daß das Höchstmaß an Aktivität von einer einheitlichen Freienderorganisation würde entfaltet werden können, scheint mir selbstverständlich zu sein, ohne daß ich „künstlich organisierten Experimenten“, was ich auch nie getan habe, das Wort reden wollte. Daß Gegensätzlichkeiten zwischen den einzelnen freigeistigen Verbänden bestehen, ist bekannt. Ich begrüße es, daß Genosse Peter diese Gegensätzlichkeiten zu umreißen versucht; er sieht sie auch, obgleich er mit mangelndem Sachkenntnis vorwirft, ungefähre in der gleichen Ebene wie ich. Ich habe nicht geschrieben, daß die Bestattungsverfälschung im DFB und die Pflege weltlicher Feiern im BfG „die organisatorische Selbständigkeit der Verbände bedingen“. Ich schrieb von Gegenständen, die „allerdings nicht bewußt ideologischer Art“ sind. Von den gleichen Gegenständen spricht Genosse Peter, wenn er den zentralistischen Aufbau des DFB dem föderalistischen Aufbau des BfG gegenüberstellt. Was den DFB betrifft, so schrieb ich von „einem starken Gewicht des Versicherungsmomentes in der Tätigkeit des Verbandes und einem Übergewicht des organisatorisch-geschäftlichen Apparates“, wodurch „eine gewisse Zählfähigkeit im Leben der Organisation“ bedingt würde. Welche andere Grundlage sollte wohl der „Zentralismus“ des DFB haben als die Geschäftsbereite? Und was den Föderalismus des BfG angeht, so schreibt Genosse Peter selbst, daß bei einem solchen Aufbau keine im Reichsmaßstab vorhandene ideologische Einheit vorhanden sein kann. Nun, das Fehlen dieser ideologischen Einheit führt eben dazu, daß in zahlreichen freigeistigen Gemeinden „die Vornahme kultureller Handlungen zu einem überstarren Element“, wie ich geschrieben habe, sich entwickelt. Daß dabei sehr merkwürdige Formen solcher kultureller Handlungen unterlaufen, bestätigt auch Genosse Peter, und er fügt

noch hinzu: „Es besteht volle Freiheit im BfG, auch in bezug auf die Formen der Feiern.“ Und da meine ich allerdings, daß es sich dabei teilweise um Formen handelt, die mit dem erstrebten sozialistischen Inhalt nichts zu tun haben. Daß dies alles aber kein Hindernis für eine Verschmelzung mit anderen freigeistigen Verbänden ist, darin stimme ich mit Peter vollkommen überein. Ich glaube nur nicht, daß die ideologische Uneinigkeit (und in vielem auch Unklarheit) im Rahmen des BfG der freigeistigen Bewegung überhaupt förderlich ist, zumal in einer Zeit, die Aktionsfähigkeit und Schlagkraft der Organisationen im höchsten Maße erfordert. So triftige geschichtliche Erklärungsgründe sich für den

# Auf dich kommt es jetzt an!

Große Entscheidungen stehen bevor. Es geht um mehr als mancher glaubt. Jetzt ist es wichtig, der Volkszeitung neue Leser zuzuführen. Die Volkszeitung ist deine beste Waffe im Kampf um die Macht der SPD.

Für jeden neuen Leser zahlen wir eine Werbepremie

„Föderalismus“ des BfG auch anführen lassen: wenn diese Art „Föderalismus“ das einzige Hindernis auf dem Wege zur Schaffung einer freigeistigen Einheitsorganisation wäre, dann müßte erst recht auf ihre Überwindung hingearbeitet werden! Bei der unbeschränkten Gleichzeitigkeit der Ziele der in der RWG zusammengeschlossenen Verbände scheint mir das Nebeneinanderbestehen von vier Organisationen ein keineswegs zeitgemäßer Luxus zu sein. Geschichtlich mag es begründet sein, aber schließlich fordert auch die Gegenwart ihr Recht. Und die Gegenwart verlangt von den freigeistigen Verbänden höchste Aktivität gerade in den kulturpolitischen Fragen, in denen die Übereinstimmung der Verbände untereinander den Zusammenbruch begünstigt und in denen das engste Zusammengehen mit der Sozialdemokratie allein die Gewähr für den Erfolg bieten kann

## Er war völkischer Stadtverordneter Jetzt muß er wegen Unterschlagung und Betrugs ins Gefängnis

Der Rechtsbeistand Johannes Wilhelm Braun aus Leipzig war einmal eine große Leuchte der völkischen Freiheitspartei und wurde von ihr sogar ins Leipziger Stadtparlament entsandt. Wie er selbst angibt, war 1924 die Konjunktur für die Völkischen seiner Meinung nach sehr gut, und er schloß sich der Deutschsozialen Partei des Herrn Knüppel-Kunze an. In dieser Partei gewann er, wie er weiter erzählt, bald ein so großes Ansehen, daß er zur Stadtverordnetenwahl aufgestellt und gewählt wurde. Diese Wahl hatte für ihn böse Folgen. Die Arbeiter, die ihn bisher als Rechtsbeistand wählten, verzichteten in Zukunft auf seine Dienste, so daß sein Einkommen aus diesen Rechtsgeschäften von 3000 Mark im Jahre 1925 auf knapp 200 Mark im Jahre 1930 sank. Mit dem Einkommen sank auch die völkische Gesinnung ins Bodenlose. Aus besseren Zeiten besaß er noch 15 000 Mark, die in einer Hypothek angelegt waren. Eines Tages lernte er einen Vertreter kennen, der für ein Mittel gegen Herzneurose einen Finanzmann suchte. Braun war bereit, da ihm riesige Verdienstmöglichkeiten in Aussicht gestellt wurden. Vertraglich wurde festgelegt, daß jährlich mindestens 30 bis 50 000 Flaschen abgesetzt werden, Braun sollte von jeder verkauften Flasche 1 Mark bekommen. Das Geschäft ging

sehr gut, aber als es zur Abrechnung kommen sollte, verschwand der Vertreter mit den 15 000 Mark und dem Verdienst auf Kimmerwiedersehen nach Bulgarien. Nun legte sich Braun auf den Darlehensschulden. Im Juni 1929 bekam er von einer Frau 470 Mark für die er Möbel verpfändete, die ihm nicht gehörten. Durch Vermittlung des völkischen Stadtverordneten Riebet bekam er von einem Postassistenten 1000 Mark, mit denen er Grundstückspekulationen machen wollte. Dann inserierte er in der Zeitung und suchte eine Kontoristin mit Kautionsleistung. Es meldete sich ein junges Mädchen, das längere Zeit arbeitslos war und bei Bekannten und Verwandten 1000 Mark zusammenborgte. Die Kontoristin wurde nach 14 Tagen fristlos entlassen, ohne daß die Kautionsleistung zurückgezahlt wurde. Die Kontoristin mußte feststellen, daß sie selbst ihre Kautionsleistung zu den Reittbüros gebracht hatte. Braun hatte sich nämlich auf die Kautionsleistung gelegt und benutzte seine Kontoristin als Laufmädchen zu den verschiedenen Reittbüros.

Für zwei Leipziger Firmen sollte Braun Forderungen einlagern, was er mit Erfolg durchführte, er vergaß nur, die einlagerten Beträge in Höhe von 400 und 450 Mark den Auftraggebern zu geben und verbrauchte das Geld für sich. Zum Schluß punkte er bei zwei Gastwirten in Leipzig 1800 Mark, für die er Wechsel mit gefälschter Unterschrift ausstellte.

Dieses Musterexemplar eines völkischen Stadtverordneten mußte sich nun vor dem Leipziger Schöffengericht wegen Betrug, Untreue und Unterschlagung verantworten. Er beschwerte sich bitter darüber, daß die Völkischen ihn so wenig unterstützten hätten, und daß neben den 700 Rechtsanwältinnen noch 600 gewerbmäßige Rechtsbeistände in Leipzig sind, die sich untereinander scharfe Konkurrenz machen. Das Urteil des Gerichts lautete auf 2 Jahre Gefängnis für den eifrigen Vertreter der „völkischen Belange“.

## Rundfunk-Programm Leipzig-Dresden

Leipzig (1184 kHz, 2,3 kW) Welle 283,4  
Dresden (941 kHz, 0,3 kW) Welle 318,8

Mittwoch, den 20. Oktober.

- 10.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk.
- 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 10.50 Uhr: Dienst der Hausfrau. Das Leben der Frauenvereine in Stadt und Land. Gertrud Dumstrey-Frenyag, Leipzig.
- 11.00 Uhr: Werbenachrichten.
- 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen.
- 12.00 Uhr: Zur Unterhaltung. (Schallplatten.)
- Anschließend bis 14 Uhr: Joseph-Haydn-Stunde. (Schallplatten.)
- 13.00 Uhr: Wettervorausage, Presse- und Börsenbericht.
- 14.00 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamtes Sachsen.
- 14.30 Uhr: Jugendfunk. Jäpfel Kerns Abenteuer. II. Von Otto Julius Bierbaum. Regie: Hans Peter Schmiedel. Bearbeitung von Hedwig Schlichter.
- 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16.00 Uhr: Das Theater und die deutsche Jugend. Generalintendant Dr. Franz Urbach, Weimar.
- 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Wilhelm Reithel.
- Anschließend, 17.30 bis etwa 17.35 Uhr: Wettervorausage und Zeitangabe.
- 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 18.00 Uhr: Der unabhängige Spielfilm. Gespräch zwischen Intendant Dr. Wolf Roennede, Gauen, und Dr. Karl Loewenberg.
- 18.30 Uhr: Sprachenfunk. Italienisch. Signora F. Parini und Ernst Smigelaki, Leipzig.
- 18.50 Uhr: Aktuelle Viertelstunde.
- 19.05 Uhr: Was hat man unter Wirtschaftsdemokratie zu verstehen? Dr. Hans Arons, Berlin.
- 19.30 Uhr: Politischer Austausch in Frankreich — Tardieu in Alençon. Bearbeitet von Actualis. Übertragung von der Südwestdeutschen Rundfunk U. G., Frankfurt a. M.
- 20.00 Uhr: Konzert des Tonkünstlervereins zu Dresden. Übertragung aus dem Gewerbehause, Dresden. Mitwirkende: Elsa Wieber von der Staatsoper Dresden (Sopran), Kammerjäger Wilhelm Guttman, Berlin (Bariton) Der Dresdner Lehrergesangsvereine. Die Staatskapelle Dresden. Dirigent: Generalmusikdirektor Fritz Busch.
- 21.30 Uhr: Paul Scheerbart: Grotesken und astrale Romane. Einleitung: „Persönliche Erinnerungen an Paul Scheerbart“ von Hermann Häfker, Dresden. Sprecher: Fritz Weidlin, Dresden.
- 22.00 Uhr: Zeitangabe, Wettervorausage, Pressebericht, Sportfunk. Anschließend bis 24.00 Uhr: Tanzmusik. Kapelle Adolf Weber.



**Forllo!**  
**Wunder  
 könnens  
 dinstens  
 dinstens  
 dinstens**  
**Orloff**

Besuchen Sie unsere sehenswerte  
**Spielwaren-Ausstellung**







Helden und Heldenverehrung in USA

Trotz der auf fast allen Gebieten herrschenden Abkehr...

Al Capone? Dem so oft erbarmungslos vernichtungsbeding...

Die großen Banditen des alten Kontinents, Schinderhannes...

Wasles Buch bemüht sich durchaus nicht, entrüftet oder...

Ein anderer, gewaltigerer Marionettenspieler, der allerdings...

Nach vor wenigen Jahren wäre Gelächter die Antwort der...

Aber in Amerika herrscht eben eine lebhaftere Nachfrage...

Arbeitersänger und Arbeiterorchester

Wie schwer die wirtschaftliche Not auf den Arbeitern lastet...

Das Konzert des Arbeiter-Kammer-Orchesters war das...

Der Männerchor und der Gemischte Chor neuerer...

Der Fall Bundhund / Ein Arbeitslosenroman?

Die Dauererwerbslosigkeit beeinflusst die seelische Haltung...

Das Schicksal der Erwerbslosen ist für ihn aber weniger...

Wer verschafft ihm keine Arbeit? Wer beschränkt seine...

Die Arbeiterklasse gegen eine Beteiligung der Erwerbslosen...

Bruno Reiffen Haken schildert die Angestellten der Arbeits...

Programm, das von deutschen und russischen Volkstümern...

„Das Konto X“ wird von dem jüdischen Rechtsanwalt Siegfried...

Das wirksamste Mittel. In einem Dorfe des babilischen Hinter...

Schauspielhaus. Das nordische Märchen „Das verlorene...

Unzuträglichkeiten vorkommen können und auch vorkommen...

Wie unwahrhaftig-gerissen aber „Der Fall Bundhund“ kon...

Man muß sich für den Verlag Dieberichs, der bisher auf...

Eine Sitzung des Spruchauschusses wird geschildert: Der Ge...

In dem Spruchauschuss ist auch eine Büroangestellte als...

Der Unternehmerstand hat seinen „subalternen wichtigen...

Wohl der Kapitalismus mit seinen Mitteln das Los der...

Mirag-Wochenschau

Was wissen wir von der Stadt, in der wir wohnen? Herzlich...

Ein zweiter Hörbericht. „Wie entsteht eine Opernvorstellung?“...

In den Tagesfragen der Wirtschaft sprach ein Herr Hans Fluß...

Mit einem Referat „Der Begriff der Volksbildung“ leitete...

Die Wochenend-Vorlesung für die Jugend, die Susanne Bach...

Neues Theater. In der Neuenstudierung und Reinszenierung...

